

## 15. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der Linkspartei.PDS und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

### **Effizienzsteigerung der Verwaltung und des Einsatzes von Informationstechnik**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zur Effizienzsteigerung der Verwaltung und des Einsatzes von Informationstechnik und zur Erhöhung der Transparenz gegenüber dem Abgeordnetenhaus, unter Berücksichtigung des Auflagenbeschlusses Nr. 16 zum Haushaltsgesetz 2006/2007 die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die Entwicklung der IT-Planungsübersicht zu einem Projekthaushalt und der Aufbau eines landesweiten einheitlichen IT-Controllings mit dem Ziel einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des IT-Einsatzes in der Berliner Verwaltung soll konsequent fortgesetzt werden. Für die Infrastruktur und die Fachverfahren sind dazu wirtschaftliche und möglichst kostengünstige Betriebskonzepte zu entwickeln, umzusetzen und finanziell dauerhaft abzusichern. Die Effizienz der Maßnahmen ist im Rahmen eines für alle Verwaltungen verbindlich gemachten Priorisierungskonzeptes zu überprüfen. Investitionen in Anwendungsverfahren sollen nur getätigt werden, wenn zuvor eine Überprüfung der Geschäftsprozesse, deren Optimierung und Wirtschaftlichkeit erfolgt ist und sichergestellt ist, dass diese Anwendungsverfahren plattform- und betriebssystemunabhängig eingesetzt werden können sowie eine deutliche Verbesserung der Bürgernähe gegeben ist.
2. Um die parlamentarische Einflussnahme und Kontrolle zu sichern, erwartet das Abgeordnetenhaus, dass in dem Berichtswesen zur Umsetzung von IT-Maßnahmen eine quantitative und eine qualitative Zielerreichungsanalyse (einschl. Mittelabfluss) vorgenommen wird. Hierfür ist grundsätzlich das Instrument der Balanced Score Card (ein quantifizierbarer Plus-Minus-Punkte-Vergleich) einzusetzen. Dabei sollen insbesondere der Zeitplan (Meilensteine), die Kosten und Einsparungen im Zeitablauf, die Folgekosten (Investitionsrechnung) und die inhaltlichen Ziele (Wirkung und Nutzen des Projekts) berücksichtigt werden. Dem Abgeordnetenhaus ist ein Verfahrensvorschlag für derartige Berichte zum Mai 2006 vorzulegen. Über die Ergebnisse ist erstmals zum Ende des Jahres 2006 zu berichten.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.

Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

3. Die Haushaltstitel für Informationstechnik sind in Zukunft eindeutig zu definieren, damit z.B. Übertragungskosten, Lizenzausgaben und Wartungsverträge transparent und vergleichbar werden. Dabei sind die Titelveränderungen kenntlich zu machen.
4. Das Abgeordnetenhaus ist der Auffassung, dass die wirtschaftlichen Vorteile für das Land Berlin, die mit der Errichtung des IT-Dienstleistungszentrums verbunden sind, besonders hinsichtlich der Beschaffungs- und Betriebskosten wirksam werden müssen. Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang z.B. die Strategie des Senats unterstützt, zu Druckerverbundsystemen überzugehen. Das Abgeordnetenhaus ist der Auffassung, dass damit kurz- bis mittelfristig die Beschaffungs- und Betriebskosten für PC und Drucker - auch bei Beachtung der für die Verwaltung geltenden ergonomischen Standards - deutlich abgesenkt werden können. Es erwartet zum Verfahrensstand einen Bericht zum 30. Juni 2006.
5. Vor dem Abschluss von Landesvereinbarungen im IT-Bereich mit Kontrahierungszwang gemäß Nr.5 Abs. 3 VV IT-Steuerung wird das Abgeordnetenhaus über deren Inhalt rechtzeitig in Kenntnis gesetzt.
6. Bei der Anschaffung von Druckern ist Netzwerkdruckern und netzwerkfähigen Kopierern der Vorrang zu geben. Die Druckkosten sind insgesamt zu überprüfen und durch geeignete Maßnahmen zu reduzieren.
7. Bei der Anschaffung von Arbeitsplatz-PC soll eine Standardisierung nach niedriger, mittlerer und hoher Performanceansprüche vorgenommen werden. Dem Abgeordnetenhaus ist darüber erstmals Ende Juni 2006 Bericht zu erstatten.
8. Der Senat wird aufgefordert, bis Ende Juni 2006 gemeinsam mit den Bezirken einen Zeit- und Maßnahmeplan vorzulegen, um eine umgehende und nachhaltige Reduzierung der viel zu hohen Anzahl von Fach- und Querschnittsverfahren zu erreichen sowie sicherzustellen, dass künftig bestehende und neuzuzwickelnde Fachverfahren plattform- und betriebssystemunabhängig einzusetzen sind. Die Zahl der bezirklichen Fachverfahren ist vor allem dadurch deutlich zu reduzieren, dass in allen Bezirken einheitliche IT-Lösungen angestrebt werden. In einem weiteren Schritt ist zu sichern, dass IT-Fachverfahren mehrere Verwaltungsprozesse übergreifend umfassen können (z.B. nach Leistungssträngen und/oder nach dem Lebenslagenprinzip). In die Pflege des Altbestandes darf nur investiert werden, wenn dafür Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit nachgewiesen sind.
9. Für das Programm POLIKS ist eine Erfolgsanalyse zum 31.12.2006 vorzunehmen. Dem Abgeordnetenhaus ist darüber im Anschluss zu berichten.
10. Vor der Entscheidung über die Vergabe eines Entwicklungsauftrages bzw. über die Einführung einer neuen Software ist plausibel zu begründen, dass und warum keine Nachnutzung von Lösungen erfolgen kann, die sich woanders bereits erfolgreich bewährt haben.
11. Für den 7. Bericht über die Umsetzung der Neuordnungsagenda 2006 erwartet das Abgeordnetenhaus eine detaillierte Darstellung der Synergieeffekte bei der Leistungserbringung (schneller, effizienter und in besserer Qualität) und der Rationalisierungspotenziale, die durch die Umsetzung der Projekte kurz-, mittel- und langfristig erzielt werden können. In die Darstellung sind bereits abgeschlossene und noch laufende Projekte einzubeziehen. Für bereits abgeschlossene Projekte ist aufzuzeigen, wie viel Mittel für diese Projekte verwandt wurden (Abschlussrechnung).
12. Die Berichterstattung zu jenen Projekten der Neuordnungsagenda, deren geplanter Abschluss über das Jahr 2006 hinaus geht, ist nach dem bisherigen Verfahren bis zu deren Realisierung fortzuführen.

Berlin, den 7. März 2006

Müller Flesch  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Zimmer Wambach  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU

Liebich Dr. Zotl  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Linkspartei.PDS

Dr. Klotz Ratzmann Birk  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion Bündnis90/Die Grünen